

MOHR, KATRIN

SOZIALPOLITISCHE REFORMEN UND DER KAMPF UM RESPEKTABILITÄT

Katrin Mohr, katrin.mohr@berlin.de

SEKTION SOZIALPOLITIK: NEUE RISIKEN – ALTE SICHERHEITEN II

Folgt man der Klassifizierung sozialer Milieus durch die Hannoveraner Schule der Sozialstrukturanalyse, verläuft zwischen den Milieus, die geregelte Lebens- und Arbeitsverhältnisse aufweisen und ihren Platz in der Mitte der Gesellschaft haben, und den unteren Milieus, deren Leben von materieller Not, Prekarität und Kurzfristigkeit gekennzeichnet ist, eine Trennlinie, die als Grenze der Respektabilität beschrieben wird. Diese ist durch die Sozialreformen der letzten Jahre verschoben worden. Mit der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und der Einführung einer neuen Grundsicherung für Arbeitsuchende wurde das Äquivalenzprinzip für Langzeitarbeitslose aufgegeben und alle Erwerbsfähigen ohne Arbeit auf eine strikt bedürftigkeitsgeprüfte Form der Sozialhilfe verwiesen. Damit wurde die Unterscheidung zwischen Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern nivelliert. In der Rentenpolitik führt die langfristige Absenkung des Leistungsniveaus dazu, dass künftig selbst langjährige Beitragszahler/innen mit Durchschnittsverdienst kaum auf eine gesetzliche Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus kommen werden. Auch dies verstößt gegen weit verbreitete Gerechtigkeitsvorstellungen und stellt die Respektabilität der verunsicherten Mittelschichten in Frage. Die sozialpolitische Neuvermessung der Grenze der Respektabilität verläuft jedoch nicht ohne gesellschaftlichen Widerstand und Gegenbewegungen, wie die kürzlich erfolgte Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengelds und die jüngeren rentenpolitischen Diskussionen zeigen.

Der Beitrag erklärt die sozialpolitischen Reformen der letzten Jahre und die dadurch hervorgerufenen gesellschaftlichen Debatten anhand der skizzierten Politikfelder und Reformmaßnahmen als Kampf um Respektabilität der verunsicherten Mittelschichten und erörtert diesen als symptomatisch für den Zusammenprall alter Sicherheitsorientierungen mit neuen, auch politisch induzierten Verunsicherungen.